Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JW/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Abpfeifen! Jetzt!
2. Irak
3. Orwell 2.0
4. Freihandelsabkommen
5. US-Politiker erwägen “Steuerurlaub” für Apple, Google und Co.
6. Anstieg der Suizidzahlen: Job weg, Ansehen weg, Hoffnung weg
7. ÖPP-Projekte in Deutschland: Privat gebaute Autobahnen sind teurer
8. Die von den Metall-Unternehmen finanzierte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ will studentische Bewegung „für eine Plurale Ökonomik“ per Umarmung ersticken
9. Mehr genehmigt und schneller berichtet
10. Mein Vater, der »Hausneger«
11. Britische Konservative nehmen AfD in Fraktion auf
12. Griechische Unis im freien Fall
13. Zwei Prozent plus X: „BAföG-Partei SPD“
14. Zum Tod von Frank Schirrmacher

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Abpfeifen! Jetzt!**
   Die Fifa ruiniert den Fußball. Aber die Fans können den Altherrenclub stoppen.
   Was für ein Geschäft! In dieser Woche wurden mehrere Hundert Millionen Euro – zwangseingetrieben in allen deutschen Haushalten – für ein Produkt bezahlt, von dem noch niemand weiß, wie es einmal aussehen wird. Das finden Sie absurd und skandalös? Herzlich willkommen im Reich des Fußballs und seiner Regierung, der Fifa!
   Quelle: ZEIT
2. **Irak**

   Isis darf nicht siegen
   Was im Irak passiert, ist eine Katastrophe für die Weltgemeinschaft. Es muss

über neue strategische Partnerschaften nachgedacht werden. […]
Es ist das erste Mal, dass es eine islamisch-fundamentalistisch-terroristische Gruppe über mehrere Ländergrenzen hinweg schafft, ein zusammenhängendes Territorium von Libyen über Syrien bis in den Irak zu kontrollieren. Mit dem Ziel, unter der Führung von ultraradikalen sunnitischen Extremisten ein islamisches Kalifat zu etablieren.
Das muss die Weltgemeinschaft auf den Plan rufen. Und es muss über ganz neue strategische Partnerschaften nachgedacht werden. So schwer es den USA auch fallen mag: Sie müssen mit dem Iran intensiver ins Gespräch kommen. Israel und auch die Türkei sind in diesem Konflikt die Bündnispartner, mit denen man für ein gemeinsames Ziel kämpfen muss.
Eine Gruppe, für die grenzenlose Gewalt eine selbstverständliche Handlungsoption ist, muss unsere Regierungen zwingen, über die Schatten der Geschichte zu springen.
Quelle: taz

Anmerkung JB: *DIe Forderung nach einem Dialog zwischen dem Westen und Iran in allen Ehren – aber waren es nicht die Interventionsfreunde, die in der taz ihr publizistisches Organ fanden, die diese ganze Situation hervorgerufen haben? Personeller und materieller Nachschub für ISIL kam über die türkische Grenze – mit Wissen der NATO. Ein großer Teil der Waffen, die ISIL nun nutzt, um ein Kalifat zu erkämpfen, stammt aus Waffenlieferungen für die syrische Opposition, finanziert vom Westen und den Ölstaaten der arabischen Halbinsel. Das erinnert alles ein wenig an Afghanistan. Die Geister, die ich rief … Lernen wir denn nie? Oder ist es vielleicht sogar das Ziel der Politik, ständig neue Krisenherde zu produzieren?*

a. **Wie aus islamistischen "Freiheitskämpfern" Terroristen werden**
Das syrische Assad-Regime inszeniert sich als Alternative zu den Islamisten und findet in Europa und den USA vermehrt Unterstützung […]
Schon in den 80er Jahren wurden die Islamisten aus aller Welt zunächst von großen Teilen der Länder in der westlichen Welt zunächst toleriert und mehr oder weniger offen unterstützt. Trotz des Wissens, dass hier eine ganze Generation von militanten Dschihadisten herangezüchtet wurde, wiederholte sich auch im syrischen Bürgerkrieg dieses Szenario. Lange Zeit hatten Islamisten wenig zu befürchten, wenn sie sich dort am Kampf beteiligten.
Dabei ist es allerdings ein Mythos, dass deren Hauptziel der Kampf gegen das Assad-Regime gewesen ist. Vielmehr richtete sich ihr Kampf bald gegen die Teile

der syrischen Opposition, die mit dem Islamismus nichts zu tun haben wollten. Säkulare Kräfte gehörten ebenso dazu wie gemäßigte Moslems. In vielen Gebieten Syriens mussten sich Oppositionelle, die vom Assad-Regime verfolgt und misshandelt worden waren, vor den Islamisten verstecken oder ihre Wohnungen verlassen oder wurden von ihnen ermordet. […]
Die Antwort von Lüders kann dem Assad-Regime Hoffnung geben. Im Irak könne die Zeit nicht mehr zurückgedreht und das Bath-Regime wieder eingesetzt werden.Aber in Syrien kann das alte Regime noch nützliche Dienste leisten, ist der Subtext der Antwort. Die Leidtragenden sind die syrischen Oppositionellen, die den Aufstand begonnen haben, weil sie mit Entrechtung und Verarmung Schluss machen wollten. Sie mussten erleben, dass der Aufstand von Islamisten gekapert wurde und dass dadurch das Regime wieder auch weltweit als Partner bei der Repression gesehen werden.
Quelle: Telepolis

b. **Warum ISIL nicht ISIS heißt**
Die salafistische Terrorgruppe will mehr als nur den Irak und Syrien
Die salafistische Terrorgruppe, die große Teile Nordostsyriens und des Nordwestiraks unter ihrer Kontrolle hat und sich derzeit anschickt, Bagdad zu erobern, trägt den arabischen Namen *ad-dawla al-islāmīya fī l-ʿirāq wa-sch-schām*. Wörtlich übersetzt heißt das nicht "Islamischer Staat im Irak und in Syrien", sondern "Islamischer Staat im Irak und im Norden". Im engeren Sinne versteht man unter diesem "Norden" im arabischen Kulturkreis die Levante", zu der nicht nur Syrien, sondern auch der Libanon, Jordanien, der Gazastreifen, die Westbank – und vor allem Israel – gehören.
Quelle: Telepolis

c. **Who are Isis? A terror group too extreme even for al-Qaida**
The Islamic State of Iraq in Syria has a reputation for being even more brutal than the main jihadi group of inspiration
Quelle: The Guardian

3. **Orwell 2.0**
   a. **Deine Mimik verrät die böse Absicht**
   Als reichten Überwachungssysteme nicht, um Geheimdiensten Bilder unserer Gesichter zu verschaffen, leisten viele Menschen Schützenhilfe: Mit «Gigatagging» auf Facebook oder breit gestreuten Selfies bedienen sie Kontrollsüchte. Aus Narzissmus oder in paradoxer Reaktion?…
   Dem biometrischen Leviathan wäre es gewiss das Liebste, er hätte alles von seinen Bürgern, um sie bei Bedarf erstens rasch und zweitens eindeutig zu identifizieren. Zu denken wäre an ein komplettes Archiv aus Porträtfotos,

Fingerabdrücken und DNA-Proben. Es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis auch bei uns moldauische Verhältnisse herrschen. Die Moldau verfügt schon heute über ein vollständiges Bürgerregister mit erkennungstauglichen Gesichtsbildern. Sarkastisch ließe sich sagen: Wenn das kein Fortschritt ist. Damit er zum planetarischen Maßstab wird, müssen freilich noch ein paar 'rückständige' Kulturen liquidiert werden. Solche etwa, die das Fotografieren von Gesichtern verbieten. Oder die vorschreiben, das Gesicht zu verhüllen.
Quelle: NZZ

b. **Burkhard Hirsch: Deutschland, ganz kleinlaut**
Wer das durch Massenüberwachung gestörte Vertrauen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten wiederherstellen will, muss Klartext reden. Doch die Bundesregierung schreckt vor den USA zurück. Dabei gäbe es jetzt drei wichtige Punkte zu klären.
   1. Die europäische Datenschutz-Grundverordnung sollte noch in diesem Jahr insoweit in Kraft treten…
   2. Das Safe-Harbour-Abkommen und die Abkommen über Passagierdaten und Bankbewegungen sollten bis Ende des Jahres 2014 mit dem Ziel neu verhandelt werden, dass die Daten ausnahmslos so zu behandeln sind, als ob sie in Europa gespeichert wären.
   3. Zu den Freihandelsabkommen sollte die Bundesregierung ihre Zustimmung wie das EU-Parlament davon abhängig machen, dass die Rechte der europäischen Bürger nach der Europäischen Grundrechts-Charta geschützt werden.

   Quelle: SZ

c. **"Ihr braucht einen Snowden aus dem BND!"**
Der langjährige CIA- und NSA-Agent Thomas Drake enthüllte die illegale Massenüberwachung der USA bereits vor Snowden – und wurde dafür verfolgt, ruiniert, verurteilt. Nun soll er als Zeuge vor dem NSA-Ausschuss im Bundestag aussagen.
Er gilt er eins der wenigen Vorbilder des Whistleblowers Edward Snowden: Thomas Drake, heute 57, war über lange Jahre ein hochrangiger NSA-Agent, leitete die Software-Tests der US-Spionageprogramme – und deckte bereits vor Snowden die illegale Massenüberwachung des Geheimdienstes auf. Weil er zunächst aber nur intern dagegen rebellierte und später keine Dokumente als Beweise liefern konnte, löste er weniger Aufsehen als Snowden aus. Er zahlte dennoch einen hohen Preis: Drake verlor seinen Job, seine bürgerliche Existenz,

seinen Freundeskreis – und wurde nach dreijährigen Ermittlungen und Schikanen auch vor Gericht verurteilt. Eine lebenslange Haftstrafe konnte die Regierung aber nicht durchsetzen. Letztlich wurde Drake 2011 zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt. Heute arbeitet er im Apple-Store seiner Wahlheimat Glenwood, Maryland, sowie ehrenamtlich als Datenschutzaktivist.
Quelle: Frankfurter Rundschau

4. **Freihandelsabkommen**
   a. **Alles Tafta**
   Kommt die größte Freihandelszone der Welt?
   Ein amerikanischer Freihandelsadler fliegt über den Atlantik, um eine Herde schutzloser europäischer Lämmer zu reißen. Dieses Bild hat sich im EU-Wahlkampf festgesetzt. So eingängig es sein mag, politisch ist es riskant. Denn es blendet zum einen die Erkenntnis aus, dass auch US-Kommunen schon bald zu Opfern neuer Regeln werden könnten, die es ihnen noch schwerer machen werden, Arbeitsplätze, Umwelt und Gesundheit zu schützen. Zum anderen lenkt es die Aufmerksamkeit von europäischen Unternehmen ab, wie etwa den französischen Veolia- oder den deutschen Siemens-Konzern, die genauso wie die US-Unternehmen darauf aus sind, Staaten rechtlich zu belangen, bei denen sie sich einbilden, sie bedrohten ihre Profite (siehe den Artikel auf Seite 19). Und drittens unterschlägt das Bild vom amerikanischen Adler die Rolle der europäischen Institutionen und Regierungen.
   Quelle: Le Monde diplomatique
   b. **Profit als höchstes Rechtsgut**
   Bislang geht der Investorenschutz auf Kosten des globalen Südens. Nach den Tafta-Regeln wird es alle treffen.
   Das in Frankreich beheimatete Unternehmen Veolia klagte wegen lächerlicher 31 Euro gegen eine der wenigen Errungenschaften, die sich die ägyptischen Arbeitnehmer 2011 erstritten hatten: die Erhöhung des monatlichen Mindestlohns von 400 auf 700 ägyptische Pfund: von 41 auf 72 Euro.
   Der multinationale Konzern fand diese Anhebung unakzeptabel und erhob am 25. Juni 2012 vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten ICSID (International Centre for Settlement of Investment Disputes) Klage gegen Ägypten. Die Anrufung des Schiedsgerichts bei der Weltbank begründete Veolia mit dem Argument, das neue Arbeitsgesetz widerspreche den Vereinbarungen, die man im Rahmen eines Public-private-Partnerships zur Müllentsorgung mit der Stadt Alexandria geschlossen habe.(1)
   Auch das Transatlantische Freihandelsabkommen (Tafta), über das derzeit verhandelt wird, soll eine Klausel enthalten, die es Unternehmen erlaubt, gegen

Staaten zu klagen. Das wünschen sich zumindest die Vereinigten Staaten und die Arbeitgeberverbände. Den Tafta-Unterzeichnerstaaten könnte es also bald genauso ergehen wie Ägypten.
Quelle: Le Monde diplomatique

Hinweis: *Auch in der aktuellen Ausgabe der Le Monde diplomatique wieder eine Reihe von interessanten Beiträgen ein gutes Kompendium zu dem ganzen Komplex von Freihandelsabkommen, ein Hintergrundbericht über Nigeria und die Boka Haram. Sehr aufschlussreich auch das Porträt der Eurasien-Ideologen, an denen sich Putins Außenpolitik inzwischen orientiert. Heute als Beilage zur taz danach im Kiosk.*

c. **Freihandelsabkommen – Sonderrechte für Konzerne**
Das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU sieht für Streitfälle zwischen Unternehmen und staatlichen Stellen Schiedsgerichte vor, die rechtskräftige Urteile fällen dürfen. PLUSMINUS erklärt die Regelung.
Quelle: PLUSMINUS ARD Mediathek

d. **Sonderrechte für Konzerne**
Das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU sieht für Streitfälle zwischen Unternehmen und staatlichen Stellen Schiedsgerichte vor, die rechtskräftige Urteile fällen dürfen. PLUSMINUS erklärt die Regelung.
Quelle: ARD Plusminus

5. **US-Politiker erwägen "Steuerurlaub" für Apple, Google und Co.**
Senatoren von republikanischer und demokratischer Seite arbeiten derzeit an einem Deal, mit dem US-Großkonzerne im Ausland gebunkertes Geld kostengünstig in ihre Heimat zurückholen könnten. Apple-Chef Tim Cook hatte sich dafür eingesetzt.
Von den rund 150 Milliarden US-Dollar, die Apple an Barmitteln zur Verfügung hat, sollen ein Großteil im Ausland lagern. Würde der Konzern die Summe in seine Heimat USA zurückführen, würden die dortigen 35 Prozent Unternehmenssteuer anfallen.
Geht es nach einem Bündnis aus mehreren demokratischen und republikanischen Senatoren, würde der Betrag nicht ganz so hoch. Ein republikanischer Steuerlobbyist sagte, man denke an eine Wiederbelebung der 5,25 Prozent, die während eines ähnlichen Steuerurlaubs im Jahr 2004 zu zahlen waren.
Quelle: heise newsticker

Dazu: **Senate Report Says 'Failed' Tax Holiday Shouldn't See Repeat**
A report from U.S. Senator Carl Levin calls a tax holiday for repatriated offshore profits a failed policy that shouldn't be repeated.
The report, released [in october 2011], is based on publicly available data and surveys

of 20 companies that show they repurchased stock and raised executive compensation after a 2004 tax holiday rather than increasing research spending or adding jobs. Levin said the report found that after bringing back to the U.S. more than $150 billion in 2004 at the lower tax rate, the top 15 repatriating corporations reduced their overall workforces by more than 20,000 jobs.
Quelle: Bloomberg

passend dazu: **Ermittlungen der Kommission: EU geht gegen Steueroasen in Europa vor**
Starbucks in den Niederlanden, Apple in Irland und Fiat in Luxemburg: Locken die Regierungen in diesen Staaten multinationale Konzerne mit unfairen Steuerschlupflöchern? Die EU will die drei Fälle nun genau prüfen.
Quelle: Süddeutsche

6. **Anstieg der Suizidzahlen: Job weg, Ansehen weg, Hoffnung weg**
   Lange Zeit war der Kampf gegen den Suizid eine Erfolgsgeschichte: Hatten sich etwa in Deutschland noch Mitte der 1970er-Jahre jährlich nahezu 20 000 Menschen umgebracht, waren es beim Tiefpunkt 2007 deutlich weniger als 10 000. Anti-Depressions-Kampagnen und neue Hilfsangebote hätten eben Erfolg gezeigt, so war die plausible Deutung. Doch warum stiegen seitdem die Suizidzahlen wieder – milde in Deutschland, deutlich in vielen anderen EU-Ländern sowie in Nordamerika? Die globale Wirtschaftskrise ist schuld, behauptet ein Forscherteam um den Soziologen Aaron Reeves von der University of Oxford im British Journal of Psychiatry (online): Wer Job oder Wohnung verliert, in seinen Schulden ertrinkt, der gehe manchmal den letzten Schritt.
   Die Forscher berufen sich auf WHO-Daten aus 24 EU-Ländern und Nordamerika. Demnach begann die Trendumkehr in der EU mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise 2007; schon bis 2009 sei die Suizidrate um 6,5 Prozent gestiegen und dann bis 2011 auf dem hohen Niveau geblieben. In Kanada stieg die Rate von 2007 bis 2010 um 4,5 Prozent, in den USA um 4,8 Prozent.
   Quelle: Süddeutsche Zeitung
7. **ÖPP-Projekte in Deutschland: Privat gebaute Autobahnen sind teurer**
   Vielen gelten öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) als Wundermittel gegen Kostensteigerungen bei Bauvorhaben wie Autobahnen, Straßentunnel oder Schulen. Offenbar behalten aber die Kritiker dieser Finanzierungsform Recht: Der privat finanzierte Autobahnbau rechnet sich nicht. Zu diesem Urteil kommt der Bundesrechnungshof in einem Gutachten über ÖPP, wie das “Handelsblatt” berichtet. Demnach haben die Rechnungsprüfer die bisher sechs realisierten Projekte

untersucht. Bei fünf Projekten habe sich gezeigt, “dass allein diese um insgesamt über 1,9 Milliarden Euro teurer sind, als es eine konventionelle Realisierung gewesen wäre”, heißt es der Zeitung zufolge in dem Gutachten für den Haushaltsausschuss im Bundestag
So sei die ÖPP-Variante etwa beim Ausbau der A1 von Bremen nach Buchholz nicht wie vom Bundesverkehrsministerium um rund 40 Prozent günstiger gewesen, sondern fast 28 Prozent teurer, schreibt das “Handelsblatt”. Beim Ausbau der A4 an der Landesgrenze von Hessen nach Thüringen sei zunächst ein Kostenvorteil von knapp 32 Prozent ermittelt worden; die Prüfer kommen demnach aber auf ein Minus von 12,4 Prozent. Damit hätten die Projekte nicht als ÖPP realisiert werden dürfen.
Quelle: Spiegel Online

8. **Die von den Metall-Unternehmen finanzierte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ will studentische Bewegung „für eine Plurale Ökonomik“ per Umarmung ersticken**
Die „Internationale Studentische Initiative für eine Plurale Ökonomik“ hat die Propagandisten des scharfen Neoliberalismus auf den Plan gerufen. 40 Vereinigungen von Studierenden aus 19 Ländern haben dazu aufgerufen, „die ökonomische Lehre zu verändern“, weg von der marktwirtschaftlichen Einseitigkeit und hin zu „theoretischem Pluralismus, methodischem Pluralismus und Interdisziplinarität“. Die quantitativen Methoden müssten ergänzt werden durch andere sozial wissenschaftliche Methoden. Studierende müssten die sozialen Auswirkungen und ethischen Implikationen ökonomischer Entscheidungen verstehen.
Nach kurzer Schreck-Starre hat die neoliberale PR-Maschine „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) betont zustimmend reagiert. Vielfalt statt Einfalt, schreibt ihr Kommentator Clemens Schneider, sei das, „was die Wirtschaftswissenschaften brauchen“.
Schon Friedrich von Hayek, der geistige Urvater des Neoliberalismus, sei dafür gewesen, statt der naturwissenschaftlich-quantitativen Verfahrensweise die qualitativen Erscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu untersuchen. Der Illusion der Machbarkeit durch staatlich-regulatorische Maßnahmen müsse entgegen getreten werden. „Skepsis und intellektuelle Demut mussten einem ungebremsten Rationalitätsoptimismus weichen.“
Der Bock will sich zum Gärtner aufschwingen.
Quelle: isw [PDF]

9. **Mehr genehmigt und schneller berichtet**
„Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat 2013 den Waffenhandel in den entscheidenden Segmenten auf schier unglaubliche Negativrekorde hochgeschraubt“, erläutert Jürgen Grässlin, Sprecher der Bundessprecher der Deutschen

Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. „Mit keinem Argument zu rechtfertigen ist die Tatsache, dass die Einzelausfuhrgenehmigungen auf den neuen Allzeitrekord von 5,846 Mrd. Euro gesteigert wurden. Dass mit 62 Prozent fast zwei Drittel der Einzelausfuhrgenehmigungen für sogenannte ‚Drittländer‘ erteilt worden sind, belegt das ganze Desaster einer völlig enthemmten Rüstungsexportpolitik“, so Grässlin. „Toptäterin ist Bundeskanzlerin Angela Merkel, die als Vorsitzende des geheim tagenden Bundessicherheitsrats die immens hohen Waffenausfuhrgenehmigungen an Militärs kriegführender und menschenrechtsverletzender Staaten verantwortet.“
Quelle: scharf-links.de

10. **Mein Vater, der »Hausneger«**
In Deutschland nehmen Ressentiments gegen ethnische Gruppen zu. Und doch werden allgemein rechtsextreme Tendenzen weniger. So sieht es eine Studie der Uni Leipzig. Doch so paradox das klingt, ist das gar nicht.
Quelle: Neues Deutschland
11. **Britische Konservative nehmen AfD in Fraktion auf**
Die britischen Konservativen von Premierminister David Cameron arbeiten künftig mit der euro-kritischen Alternative für Deutschland (AfD) im EU-Parlament zusammen. Die Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR) stimmten am Donnerstag für die Aufnahme der Afd in ihre Fraktion.
Quelle: RP

Anmerkung WL: *Da wächst wohl zusammen, was zusammen gehört. Die Euro-Gegner sind inzwischen drittstärkste Fraktion im Europäischen Parlament.*

dazu: **In “feiner” Gesellschaft – AfD will in die ECR Fraktion mit offenen Rassisten**

Quelle: Sven Giegold

dazu auch: **AfD – Demokratieabbau für mehr Sozialabbau**
Nach den Europawahlen zieht die »Alternative für Deutschland« (AfD) mit sieben Abgeordneten ins Europaparlament ein. Außerdem ist sie seit dem Wochenende in verschiedenen Kommunalparlamenten vertreten. marx21.de sprach mit Andreas Kemper darüber, woher die Partei kommt, wofür sie steht und was sie von Pro Deutschland und der NPD unterscheidet

Quelle: marx21.de

12. **Griechische Unis im freien Fall**
Im Zuge der Finanzkrise hat die Regierung in Athen mit eisernem Besen auch an den griechischen Universitäten gekehrt: Professoren und Dozenten haben knapp die Hälfte ihres Einkommens verloren. In Bibliotheken und Labors fehlt es an Material, Doktoranden bekommen keine Stipendien mehr. Tausende Studierende und Lehrende verlassen wegen der schlechten Bedingungen ihre Heimat, das Land verliert seine größten Talente. Beobachter warnen deshalb vor einem Kollaps des Hochschulsystems. "Die Situation der griechischen Universitäten ist dramatisch: Budget- und Personalkürzungen um bis zu 50 Prozent – sowohl im wissenschaftlichen wie im administrativen Bereich – bei gleichzeitig steigenden Studierendenzahlen machen einen regulären Universitätsbetrieb in vielen Bereichen praktisch unmöglich", sagt etwa Professor Dieter Lenzen, Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz.
Quelle: Deutschlandradio [Audio, MP3]
13. **Zwei Prozent plus X: „BAföG-Partei SPD"**
Die Bundesregierung hat sich durchgerungen: Laut Koalitionsbeschluss soll es Nachbesserungen bei der Bundesausbildungsförderung geben. Zwar erst zum Wintersemester 2016/17 und damit sechs Jahre nach der letzten Novelle, aber immerhin. Im Gespräch mit Studis Online erklärt Ernst Dieter Rossmann, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, warum es nicht rascher geht, was eine Reform alles bringen und wie für seine Partei ein BAföG-Zuschlag ohne Substanz aussähe. Zehn Prozent und mehr, wie diverse Verbände fordern, nennt der Politiker „weltfremd".
Quelle: Studis Online
14. **Zum Tod von Frank Schirrmacher**
    a. **Ein sehr großer Geist**
    Frank Schirrmacher, der für das Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zuständige Herausgeber, ist gestorben. Damit ist ein Leben zu Ende gegangen, das ganz der Verteidigung des freien Denkens gewidmet war. Wir trauern um einen einzigartigen Publizisten.
    Quelle: FAZ
    b. **Mann der Zukunft**
    Er war bei der FAZ Nachfolger von Marcel Reich-Ranicki und Joachim Fest, war Gesellschaftskritiker und dabei nie nur klassischer Kulturmensch. Nun ist Frank Schirrmacher im Alter von 54 Jahren gestorben.
    Als Joseph Brodsky starb, begann Frank Schirrmacher, der den großen russisch-amerikanischen Dichter persönlich gekannt hatte, seinen Nachruf mit dem Satz:

“Wir protestieren gegen diesen Tod.” Das war ein typischer Schirrmacher-Auftakt, rhetorisch bis zur Verwegenheit, unvergesslich wie ein Reklameslogan, spontan polarisierend, ein bisschen verrückt.
Gegen den Tod protestieren, vor allem gegen einen bestimmten Tod? Darüber wurde hinterher in der Feuilleton-Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, die Frank Schirrmacher damals, im Januar 1996 als erst 36 Jahre alter Herausgeber leitete, bedenkenreich debattiert. Aber der Satz stand da, und er hat sich so eingeprägt, dass er jetzt beim Tod seines Urhebers abrufbar ist. Schirrmacher, der einen abgründigen, zuweilen diabolischen Sinn für Humor besaß, hätte gegen die Wiederverwendung nichts einzuwenden gehabt.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

c. **Diese herrliche Lust am Untergang**
Man wird jetzt über Frank Schirrmacher nur Gutes hören. Doch in Wahrheit hatte er eine enorme Zahl von Gegnern. Warum? Weil er als Mensch begeisterungsfähig und gewinnend war, als Feuilletonist stets politisch. Und als Ideengeber ungemein einflussreich. Ein Nachruf.
Quelle: SPIEGEL Online